

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

17. September 2021
13.2021

Die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen schlagen Alarm: Die LÖcher in den Kassen belaufen sich dank Corona auf fast 15 Mrd. Euro. Die Regierung hat nur 7 Mrd. Euro Hilfen zugesagt. Wer zahlt den Rest?

Alltag in der Zwei-Klassen-Medizin: Ein Termin beim Facharzt? Leider nur für Privatpatient*innen. Oder in sechs Monaten. Oft muss man für notwendige Behandlungen tief in die Tasche greifen – allein der Zahnersatz kann zur Existenzfrage werden. Brillen, Medikamente, Physiotherapie, Krankenhausaufenthalte: immer mehr Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung sind privatisiert oder durch Zuzahlungen faktisch teilprivatisiert worden. Dabei liegt der Beitragssatz heute höher als noch vor 20 Jahren, als viele diese Leistungen noch komplett durch die Versicherungen übernommen wurden.

In der Corona-Pandemie wurden die Reserven der Kassen angezapft. Die Bundesregierung hat zwar den Bundeszuschuss erhöht, doch der wird nicht reichen. Die Krankenkassen erwarten für 2022 ein Defizit von knapp 15 Milliarden Euro. Gesundheitsminister Jens Spahn hat eine Erhöhung des Bundeszuschusses ausgeschlossen. Ohne Zuschuss gibt es nur drei Möglichkeiten: Entweder Beitragssatzerhöhung – hier stehen mittlerweile über 16,5 Prozent im Raum. Oder wieder Kürzung von Leistungen. Oder aber: Einführung einer **Solidarischen Gesundheitsversicherung** (Bürgerversicherung). DIE LINKE will mit einer Solidarischen Gesundheitsversicherung das Grundprinzip der solidarischen Finanzierung vollständig umsetzen: Alle zahlen ein, auf alle Einkommen werden Beiträge fällig. Alle medizinisch notwendigen Leistungen werden ohne Zuzahlungen übernommen, d.h. auch Brillen und Zahnersatz.

Aktuell finanziert nur die arbeitende Bevölkerung die Krankenversicherung: Kapitaleinkommen z.B. aus Aktien und Vermietung sind davon ausgenommen. Das ist ungerecht! Wir wollen alle Einkommen zur Finanzierung heranzie-

Nach Corona: Schluss mit der Zweiklassenmedizin!

hen. Die Beitragsbemessungsgrenze bedeutet, dass der Beitrag zur Krankenversicherung bei steigendem Einkommen prozentual sinkt. Wer im Monat mehr als 4.837,50 Euro brutto hat, zahlt auf jeden weiteren Euro Einkommen gar keinen Beitrag – mit z.B. 15.000 Euro Monatseinkommen zahlt mensch also auf gut 10.000 Euro keine Beiträge. Damit nicht genug: Als einziges Land Europas dürfen sich in Deutschland bestimmte Bevölkerungsgruppen einfach aus der solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens verabschieden – Beamte, Abgeordnete und Menschen mit einem Bruttoeinkommen über 5360 Euro/Monat. All das ist unsolidarisch. Wir wollen diese Zwei-Klassen-Medizin abschaffen. Die private Krankenversicherung werden wir auf medizinisch nicht notwendige Zusatzversicherungen beschränken. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir streichen.

Das Ergebnis:

■ Mit unserer solidarischen Gesundheitsversicherung sinkt für Menschen mit einem Monatseinkommen unter 6.200 Euro der Beitrag.

■ Der Beitragssatz liegt bei ca. 12 Prozent, Arbeitgeber*innen und Versicherte zahlen jeweils die Hälfte, also dann etwa sechs Prozent. Das ist im Interesse des allergrößten Teils der Bevölkerung, auch vieler Beamter, Selbstständiger und Rentner*innen:

■ 80 Prozent der gesetzlich Versicherten und 50 Prozent der aktuell privat Versicherten werden durch dieses Konzept finanziell entlastet – bei mehr Sachleistungen und besserer Versorgung! Kaum zu glauben? Hier gibt es unseren Online-Rechner zum selber nachschauen:

<https://beitragsrechner.linksfraktion.de>

Unsere solidarische Gesundheitsversicherung ist sofort startklar. Sie ist durchgerechnet, umsetzbar und von wissenschaftlichen Studien bestätigt. Auch SPD und Grüne sagen inzwischen, dass ihr Ziel eine Bürgerversicherung sei. Allerdings gehen sie real wieder nur Trippelschritte: Die Grünen sagen sogar, dass sie in der nächsten Wahl-

periode dafür bloß »die Weichen stellen« wollen. Die SPD sagt nur, dass sie »solidarisch finanziert« sein soll – was immer das heißt. Dazu kommt: mit Union und FDP wird eine solidarische Gesundheitsversicherung niemals durchzusetzen sein. Denn die wollen an der Trennung von gesetzlicher und privater Versicherung ausdrücklich festhalten. Trotzdem fordern SPD und Grüne hier keine »Bekanntnisse«, die von Herzen kommen.

DIE LINKE steht seit Jahren an der Seite von Pflegebündnissen und Gewerkschaft. Wir kämpfen für ein Gesundheitswesen, in dem der Bedarf im Vordergrund steht, nicht die Profitinteressen von Krankenhauskonzernen und privaten Versicherungen. Mit dieser Bundestagswahl werden die Weichen gestellt. Wir sagen: Gesundheit vor Profite – jetzt!

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.